

## Nachtragshaushalt 2010 auf den Weg gebracht

Die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gehen auch am Freistaat Bayern nicht spurlos vorbei. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen hat Bayern aber mit 5,5 % nach wie vor die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland. 2009 gab es im deutschlandweiten Vergleich in Bayern die meisten Unternehmensgründungen. Und: Auch nach vollständiger Aufnahme der Kredite für die Sanierung der Bayerischen Landesbank bleibt die Pro-Kopf-Verschuldung Bayerns mit rund 2.600 Euro auf niedrigem Niveau. Der Durchschnitt der anderen westdeutschen Flächenländer ist doppelt so hoch.

Diese verantwortungsvolle Politik setzen CSU-Fraktion und Staatsregierung mit dem **Nachtragshaushalt 2010** fort.

Wir steigern die Investitionen nochmals um **123 Mio. Euro auf insgesamt 5,78 Mrd. Euro**. In die **Kinderbetreuung investieren wir weitere 140 Mio. Euro**. Somit stehen 2010 (einschließlich Bundesmittel sowie Landeserziehungsgeld) für Kinderförderung und Kinderbetreuung **insgesamt 1 Mrd. Euro zur Verfügung**.

Wir schaffen bei **Polizei und Justiz zusätzlich zu den bereits im Doppelhaushalt 2009/2010 beschlossenen 1.000 Stellen 870 weitere Stellen**, damit Bayern weiterhin das sicherste Land bleibt. Und wir legen ein **115 Mio. Euro umfassendes Strukturprogramm für die Region Nürnberg-Fürth** auf, die infolge der Insolvenz von Quelle wirtschaftlich in einer besonders schwierigen Lage ist.

## Vertrauensschutz bei der Absenkung der Einspeisevergütung für Photovoltaikanlagen

Die **Bundesregierung beabsichtigt, die Einspeisevergütung für Photovoltaikanlagen abzusenken**. Dies halten wir zwar, wie wir in einem **Dringlichkeitsantrag** betont haben, grundsätzlich für richtig. Den vorgese-

henen **Termin für die Absenkung, nämlich schon am 1. April 2010, lehnen wir jedoch ab**. Wir sind demgegenüber der Auffassung, dass es entsprechend der ursprünglichen Pläne **beim 1. Juli 2010 verbleiben soll**.

Damit stellen wir sicher, dass die Investoren, die bereits Verträge über Photovoltaik-Dachanlagen geschlossen haben, für ihre Investitionen die aktuellen Vergütungssätze erhalten und insbesondere die **beauftragten mittelständischen Installationsbe-**

**triebe ausreichend Zeit zur Auftragsabwicklung** haben.

Schließlich halten wir es für sinnvoll zu prüfen, ob bei Selbstverbrauch auf eine Absenkung verzichtet und bei Privathäusern eine geringere Absenkung vorgenommen werden kann.

### Planungskostenbudget für Schienenverkehrsprojekte nutzen

Im **Koalitionsvertrag** zwischen CDU, CSU und FDP auf Bundesebene ist die Einführung eines **Planungskostenbudgets** verankert, **um für Schienenverkehrsprojekte künftig schnellere Planungsvorläufe** zu gewährleisten. Dafür hat sich die CSU-Fraktion schon seit längerem eingesetzt.

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir nun gefordert, dass aus diesem

Planungskostenbudget für eine sofortige Planungsaufnahme von Projekten der Schieneninfrastruktur in Bayern ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies gilt vor allem für die **TEN-Strecke Neu-Ulm – München – Mühldorf – Freilassing** sowie die **Elektrifizierung der Strecken Nürnberg – Hof und Regensburg – Hof**.

### Polizeibeamte strafrechtlich besser schützen

Gewalttätige Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nehmen zu. Um deren Schutz zu verbessern, hat sich die CSU-Fraktion in einem

**Dringlichkeitsantrag** für eine **Verschärfung des Straftatbestandes „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“** ausgesprochen.

### Einen Beitrag der Finanzinstitute zur Aufarbeitung der Lasten der Finanzmarktkrise einfordern

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir gefordert, die Bundesregierung bei ihren Anstrengungen um geeignete Instrumente zur **Verhinderung zukünftiger Krisen des Weltfinanzsys-**

**tems** weiterhin aktiv zu unterstützen. Wir halten es für wichtig, dass die **Finanzinstitute einen Beitrag leisten, um die öffentlichen Lasten der Krise abzumildern**. Dabei ist es unser pri-

märes Ziel, einen **innerhalb der G20-Staaten abgestimmten Ansatz** zu erreichen, um eine Benachteiligung

des Finanzplatzes Deutschland zu vermeiden.

## Weitere Maßnahmen und Initiativen

### **Zivilcourage fördern und Helfer unterstützen**

In den vergangenen Monaten wurde in der Presse immer wieder von **Menschen** berichtet, **die bei gewalttätigen Übergriffen eingeschritten sind und dabei selbst so schwer verletzt wurden**, dass sie dauerhaft ihre berufliche Existenz und Erwerbsfähigkeit oder sogar ihr Leben verloren haben.

Hilfe am Nächsten, sozialer Einsatz und mutiges Handeln sind tragende Pfeiler unseres Gemeinwesens. Wir alle sind aufgerufen, in Notfällen nicht wegzusehen, sondern zu helfen. Wer diese **Zivilcourage** aufbringt **und dabei selbst zum Opfer wird, darf** aber mit den teils existenziellen Folgen seiner Hilfeleistung **nicht allein gelassen werden**.

In einem Antrag haben wir die Staatsregierung deshalb aufgefordert, dem Landtag **zu berichten, welche sozialrechtliche Absicherung und sonstige finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten** für Menschen bestehen, die Zivilcourage bewiesen haben und dabei selbst Opfer körperlicher Gewalt geworden sind.

### **Führen von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes erleichtern**

Die CSU-Fraktion setzt sich seit langem dafür ein, dass das Führen von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes erleichtert wird. In Bezug auf Einsatzfahrzeuge bis maximal 4,75 t zulässige Gesamtmasse haben wir auf Bundesebene schon erhebliche Verbesserungen erreicht.

Hinsichtlich der **Einsatzfahrzeuge bis 7,5 t** haben wir in einem Antrag weitere Erleichterungen gefordert. So soll eine **Fahrberechtigung bereits nach einer praktischen Unterweisung, d. h. ohne Ausbildung und ohne Prüfung**, erteilt werden, sofern der betreffende Fahrer seit mindestens zwei Jahren über eine Fahrerlaubnis der Klasse B verfügt.

### **Sexuellen Missbrauch von Kindern verhindern**

Der **Schutz unserer Kinder vor sexuellem Missbrauch zählt zu den wichtigsten** Aufgaben unserer Gesellschaft. Unverzichtbar ist dabei ein **hartes Einschreiten** bei entsprechenden Straftaten. Zu überlegen ist jedoch auch, ob und wie Personen mit pädosexuellen Neigungen, die noch nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, durch **Therapieangebote** erreicht

werden können, **um Missbrauchstaten an Kindern bereits im Ansatz zu verhindern**. Darüber soll die Staatsregierung dem Landtag berichten.

### Präventionspakt Bayern ins Leben rufen

Die CSU-Fraktion unterstützt die Ziele der bayerischen Sucht- und Drogenpolitik, auf einen kritischen, verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol in allen Altersgruppen hinzuwirken. Dabei sind Kinder und Jugendliche besonders schutzwürdig.

Wir stellen fest, dass es **zahlreiche gute Initiativen in Sachen Suchtprävention** gibt. Diese hat die CSU-Fraktion in einem Antrag begrüßt. Auf der anderen Seite **brauchen wir mehr Zusammenarbeit und mehr Koordination**, damit die Einzelmaßnahmen mehr Wirkung in der jungen Generation entfalten können. Deshalb haben wir die Staatsregierung aufgefordert, einen **Präventionspakt Bayern** ins Leben zu rufen. Dessen Ziel soll es sein, die Kräfte von verschiedenen Akteuren verstärkt zu bündeln, die Aufmerksamkeit für das Thema Suchtprävention insgesamt zu erhöhen und die erfolgreichen bestehenden Initiativen fortzuführen.

Große Sorgen macht nach wie vor das so genannte **Komasaufen**. Zwar kann schon nach der bisherigen Rechtslage gegen verantwortungslose Wirte und so genannte **Flatrate-Partys** vorgegangen werden. In dem Antrag wird jedoch auch die Frage aufgeworfen, inwieweit die Bezugsmöglichkeiten weiter eingeschränkt werden können

bzw. der Rahmen für Bußgelder bei rechtswidriger Abgabe von Alkohol weiter erhöht werden muss.

### Alternative zur BHV1-Quarantäne prüfen

**Bayern ist bei der Bekämpfung der Rinderkrankheit BHV1 in Deutschland führend**. So wurden die Regierungsbezirke Oberfranken und Oberpfalz schon im Jahr 2007 von der EU als BHV1-freie Gebiete anerkannt. Mitte 2010 ist mit einer entsprechenden Entscheidung auch für Mittel- und Unterfranken zu rechnen. Für Oberbayern, Niederbayern und Schwaben können die notwendigen Anträge noch in diesem Jahr gestellt werden, so dass Bayern in absehbarer Zeit insgesamt als BHV1-frei anerkannt sein wird.

Die **Anerkennung als BHV1-frei ist von größter Bedeutung für die bayerischen Rinderhalter**: Zum einen werden dadurch erkrankungsbedingte **Kosten vermieden**, zum anderen reduzieren sich auch die jährlichen Kosten für Impfung und Untersuchung. Darüber hinaus **befördert** die BHV1-Freiheit auch **den Export** bayerischer Rinder.

**Andererseits** erschwert dieser Status aber das Verbringen von Rindern nach Bayern. Denn es gibt Handelsbeschränkungen, um eine Wiedereinschleppung von BHV1 zu verhindern. Demgemäß **müssen Tiere aus einem nicht BHV1-freien Gebiet, die in ein BHV1-freies Gebiet verbracht werden, u. a. eine 30-tägige Quarantäne durchlaufen**. Dadurch **entstehen zusätzliche Kosten**.

Vor diesem Hintergrund haben wir in einem Antrag eine **Lösung gefordert, die bei einem gleich hohen Sicherheitsniveau den Handel von Masttieren in die BHV1-freien Gebiete erleichtert**. Wir haben die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Alternativen zur Quarantäne bei Masttieren, sofern sie direkt in Endmastbetriebe verbracht werden, in die EU-Schutzmaßnahmen aufgenommen werden. Außerdem sollen alle Möglichkeiten, die Quarantäne mit möglichst geringem Aufwand durchzuführen, geprüft werden.

### **Europäische Bürgerinitiative unterstützen**

Im **Vertrag von Lissabon** wurde die **Möglichkeit einer europäischen Bürgerinitiative** geschaffen. Dies hat die CSU-Fraktion in einem Antrag als wichtigen Beitrag für eine größere Bürgernähe der Europäischen Union begrüßt.

Darin haben wir uns dafür ausgesprochen, den **Schwellenwert für die Mindestanzahl der an der europäischen Bürgerinitiative beteiligten Mitgliedstaaten auf ein Viertel der Mitgliedstaaten (derzeit sieben)** festzulegen. Außerdem halten wir eine **Mindestzahl von Unterschriften von 0,2 % der Bevölkerung** eines sich beteiligenden Mitgliedstaates für ausreichend. Das erforderliche **Mindestalter** für die Beteiligung soll sich nach unserer Auffassung an dem **jeweiligen Wahlalter** des Mitgliedstaates für die **Wahlen zum Europäischen Parlament** orientieren.

Des Weiteren sind wir der Auffassung, dass der **Zeitraumen für die Sammlung von Unterschriften zwölf Monate** betragen soll.

### **Über die aktuelle Situation der Kinderbetreuung an Hochschulen berichten**

Für die **Kinderbetreuung an Hochschulen** stehen **zwei Wege** zur Verfügung: Zum einen im Rahmen der den **Studentenwerken** durch das Wissenschaftsministerium zur Verfügung gestellten Mittel, zum anderen durch Kindertageseinrichtungen, die nach dem **Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz** gefördert werden.

In einem Antrag haben wir die Staatsregierung aufgefordert, darüber zu berichten, wie viele Plätze für die Kinder von immatrikulierten Studierenden an den einzelnen Hochschulstandorten bei diesen beiden Modellen vorgehalten werden. Dies soll jeweils differenziert für Kinder bis drei Jahre, von drei Jahren bis zur Einschulung und nach der Einschulung dargestellt werden. Außerdem wollen wir wissen, in welchem Umfang die einzelnen Hochschulen Einnahmen aus der Erhebung von Studienbeiträgen für Kindertageseinrichtungen verwenden.

### **Kinder- und Jugendprogramm der Staatsregierung fortschreiben**

Schließlich haben wir uns in einem Antrag dafür ausgesprochen, das **Kinder- und Jugendprogramm der Staatsregierung** von 1998 unter Berücksichtigung der Ergebnisse und Empfehlungen der Enquete-Kommission des Bayerischen Land-

tags **fortzuschreiben**. Dabei soll auf eine **angemessene finanzielle Aus-**

**stattung** des Kinder- und Jugendprogramms geachtet werden.